

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung

des Gemeinderates

am Donnerstag, dem **02.02.2023**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 vom 22.12.2022**
4. **Übertragung der Trägerschaft für die Sozialstation Sande auf die Johanniter Unfallhilfe e.V.**
Vorlage: 010/2023
5. **Aufhebung der Betriebssatzung für den Regiebetrieb der Sozialstation Sande**
Vorlage: 009/2023
6. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Ratsvorsitzende Manuela Mohr
Bürgermeister Stephan Eiklenborg
stellv. Bürgermeisterin Kirstin Pöppelmeier
Ratsfrau Stefanie Ahlrichs
Ratsherr Thorben Arians
Ratsherr Frank Behrens
Ratsfrau Ruth Bohlke
Ratsherr Reemt Borchers
Ratsfrau Isabel Bruns
Beigeordneter Nikolai Dumke
Ratsherr Torge Heinisch
Ratsfrau Anke Heitmann
Ratsherr Olaf Lies
Beigeordneter Matthias Lührs
Beigeordnete Annika Ramke
Beigeordneter Michael Ramke
Beigeordneter Achim Rutz
Ratsherr Carsten Tschackert
Ratsherr Uwe Wispeler

Verwaltung

Gemeindeoberrat Klaus Oltmann
Verwaltungsfachwirt Tobias Hartmann als Schriftführer

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ratsvorsitzende Mohr eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 vom 22.12.2022**

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Übertragung der Trägerschaft für die Sozialstation Sande auf die Johanniter Unfallhilfe e.V.**
Vorlage: 010/2023

Die SPD-Fraktion wies in ihren Ausführungen zu dem Thema darauf hin, dass in den vergangenen Jahren immer wieder die Situation der Sozialstation kritisiert wurde, dies führte zu Unsicherheiten bei Mitarbeitern aber vor allem auch Patienten. Die SPD-Fraktion habe immer aufgrund der Daseinsfürsorge hinter der Sozialstation gestanden, Defizite wurden in Kauf genommen, da dies auch mit den eingesparten Kosten einer Gemeindegeschwester zu begründen war. Diese Defizite haben aber mittlerweile ein Maß erreicht, bei dem eben nicht mehr für einen Erhalt der Station argumentiert werden kann. Mit einer engagierteren Leitung des Regiebetriebes wäre dies laut der SPD-Fraktion zu verhindern gewesen, so wurden Verbesserungsvorschläge von Politik und Mitarbeitern ungenügend umgesetzt. Den Mitarbeitern und Patienten werden durch die Übernahme keine Nachteile entstehen, dieses Ziel hatte während der Übernahmegespräche höchste Priorität. Im Zuge dessen wurde den Mitarbeitern der Sozialstation noch einmal der Dank ausgesprochen.

Die Gruppe Grüne/FDP/Linke bedauerte die Abgabe der Sozialstation ebenfalls. Dennoch sei der Weg zur Übergabe an die Johanniter sehr gut verlaufen. Auch die Gruppe sprach ihren Unmut über nicht umgesetzte Ideen und Vorschläge aus. Das in Zukunft eingesparte Geld, könne nun sinnvoll an anderer Stelle genutzt werden.

Die Gruppe BfS/CDU berichtete, dass auch ihnen die Entscheidung schwer fiel. Die Defizite sind nicht durch die Mitarbeiter entstanden, die Betriebsführung einer solchen Einrichtung ist nicht einfach, weshalb seitens der Gruppe Unverständnis geäußert wurde, über das geringe jährliche Budget für Fortbildungen der Betriebsführung. Auch hier wurde das Thema von versäumten Möglichkeiten durch Vorschläge genannt, im expliziten die Antragsstellung von möglichen Corona-Rettungsschirmen zum Auffangen der hohen Defizite. Den Johannitern wurde für die weitere Führung der Sozialstation Glück gewünscht und den Mitar-

beitern Dank ausgesprochen.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass auch in anderen Städte und Gemeinden eine solche Führung einer Sozialstation meistens nicht im rentablen Bereich möglich war. Dort sind auch Konzepte in Zusammenarbeit mit anderen Instanzen wie dem Deutschen Roten Kreuz gescheitert. Auch auf die Konkurrenzsituation in Sande wurde hingewiesen. Hinzu kommt das Fehlen von Fachpersonal im Bereich der Unternehmensführung aus betriebswirtschaftlichen Aspekten. Mögliche Zahlungen und Förderungen aus dem „Corona-Rettungsschirm“ wurden nicht beantragt, da nicht begründet werden konnte, dass die Ausfälle auf die Pandemie zurückzuführen sind.

Der Bürgermeister hätte mit seiner Unterschrift genau dies bestätigen müssen. Der Einwand aus der BfS/CDU Gruppe, dass das nicht kontrolliert werden würde, ist keine Handlungsgrundlage. Der Bürgermeister als Amtsträger hat sich rechtlich einwandfrei zu verhalten.

Aufgrund eines Mitwirkungsverbotes nahm Ratsmitglied Tschackert nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Beschluss:

Die Trägerschaft der Sozialstation Sande wird auf die Johanniter Unfallhilfe e.V. übertragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Aufhebung der Betriebssatzung für den Regiebetrieb der Sozialstation Sande**
Vorlage: 009/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die Außerkraftsetzung der Betriebssatzung für den Regiebetrieb „Sozialstation Sande – Ambulanter Pflegedienst“ der Gemeinde Sande mit Wirkung zum 31.03.2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem TOP.

An diesem Punkt endete der öffentliche Teil der Sitzung und es wurde nicht öffentlich weiter beraten.

Schluss der Sitzung: 17:55 Uhr

Ratsvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführer